

Solidarität mit der Ukraine

Die Freien Demokraten NRW sind erschüttert über den russischen Überfall auf die Ukraine. Wir nehmen diesen Angriff persönlich, denn dort wird ein Staat angegriffen, weil er sich für den Weg der freiheitlichen Demokratie entschieden hat. Mit einem beispiellosen Vorgehen hat der russische Präsident Wladimir Putin in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2022 das Feuer auf die Ukraine eröffnet und einen Angriffskrieg im Herzen Europas angezettelt. Innerhalb weniger Jahre bricht Russland damit zum wiederholten Male die vereinbarten Zusagen aus dem Budapester Memorandum. Wir verurteilen das Vorgehen der russischen Regierung zutiefst. Klar ist: Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Stabilität Europas, die internationale Friedensordnung und die Demokratie selbst. Die russische Invasion der Ukraine erfordert entschlossenes Handeln, um dem Feldzug eines Despoten Einhalt zu gebieten. Zusammen mit unseren europäisch und internationalen Partnern stehen wir an der Seite der Ukraine und müssen nun Maßnahmen auf den Weg bringen, welche die Souveränität der Ukraine und die Stabilität der internationalen Friedensordnung wahren.

Wir übernehmen in der Zeitenwende Verantwortung

Die Freien Demokraten begrüßen, dass die Bundesregierung die Zeitenwende umgehend angenommen hat. Innerhalb weniger Tage hat sie längst überfällige Schritte in der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik unternommen – von Waffenlieferungen und bewaffneten Drohnen, über sehr schmerzhaft Sanktionen wie dem Teilausschluss Russlands aus der SWIFT bis hin zu 100 Milliarden für unsere Bundeswehr und deutlich erhöhte Verteidigungsausgaben. Wir unterstützen diesen Kurswechsel aus tiefster Überzeugung. Denn die Demokratien dieser Welt müssen den Systemwettbewerb gegen die Autokraten endlich ernsthaft annehmen.

Wir unterstützen die Ukraine bei ihrer militärischen Selbstverteidigung. Das gilt für hybride und konventionelle Bedrohungen. Daher befürworten wir Waffenlieferungen, die Übermittlung von militärisch relevanten Aufklärungsdaten und den engen Austausch mit der ukrainischen Regierung. Allerdings darf Deutschland als NATO-Mitglied nicht selbst Konfliktpartei werden.

NATO-Ostflanke und nukleare Abschreckung weiter stärken

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine muss die NATO-Truppenstärke in Polen und im Baltikum, in der Slowakei, Ungarn und Rumänien zwingend erhöht werden. Nur so kann eine tatsächliche Verteidigung der Länder gewährleistet werden.

Wir unterstützen darüber hinaus die Entscheidung der Bundesregierung zur weiteren nuklearen Teilhabe Deutschlands und der Beschaffung der F-35 und des Eurofighter. Des Weiteren sollte Deutschland die Initiative des französischen Staatspräsidenten Macron, zu einem strategischen Dialog über die Rolle der französischen Nuklearwaffen in der europäischen Sicherheitspolitik unterstützen.

Angesichts russischer Drohungen, auch Atomwaffen oder chemische Waffen einzusetzen, hat Deutschland ein Interesse daran, gemeinsam mit den NATO-Partnern ein glaubhaftes nukleares Abschreckungspotential aufrecht zu erhalten.

Nord Stream 2 eine Absage erteilen

Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine muss das Projekt Nord Stream 2 ein für alle Male der Geschichte angehören. Wir fordern, dass das Projekt nicht nur auf Eis gelegt wird, sondern eine Inbetriebnahme der umstrittenen Pipeline grundsätzlich nicht mehr in Frage kommt. Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 würde nicht nur die geopolitische Lage für unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde weiter verschlimmern, sondern Europa noch stärker von der Gasversorgung eines unberechenbaren Despoten abhängig machen. Einen teuren Abriss der Pipeline halten wir darüber hinaus nicht für notwendig.

Versorgungssicherheit kurz- und langfristig sicherstellen: LNG-Terminals schnellstmöglich an den Start bringen

Die folgerichtig getroffenen Sanktionen stellen unsere Versorgungssicherheit mit Strom vor eine Herausforderung. Studien zeigen, dass die Abhängigkeit von Öl und Kohle durch Importe aus anderen Ländern schnell überbrückbar wäre. Die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas lässt sich kurz- und mittelfristig jedoch nur durch insbesondere den Import von Flüssiggas lösen. Hierfür müssen wir sicherstellen, dass Kapazitäten über LNG-Terminals innerhalb kürzester Zeit geschaffen werden. Um LNG-Terminals so schnell wie möglich an den Start zu bringen, wollen wir Ausnahmen bei bürokratischen Regelungen und Incentives schaffen. Ähnlich wie beim Bau der Tesla-Fabrik in Brandenburg wollen wir durch Teilgenehmigungen die Bauprozesse deutlich beschleunigen und so zusätzliche Anreize für private Investoren schaffen.

Beitrittsperspektive für die Ukraine in die EU

Wir wollen und werden mit einer souveränen, freien und demokratischen Ukraine eng zusammenarbeiten. Putins unprovoked Angriffskrieg darf in keinem Fall durch Zugeständnisse belohnt werden. Seit vielen Jahren strebt gerade die junge Bevölkerung in der Ukraine Richtung Westeuropa und EU. Als Freie Demokraten unterstützen wir diese Menschen und ihre europäische Perspektive. Als europäische Nation hat die Ukraine das Recht, einen Antrag auf Aufnahme in die EU zu stellen. Wir werden sie auf ihrem Weg unterstützen, die Kriterien zu erfüllen, um Teil des europäischen Staatenverbundes zu werden. Auf dem Weg dorthin werden wir die politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit weiter ausbauen.

Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft

Ausgrenzung und Diffamierung russischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen verurteilt werden. Für uns ist klar: Wir müssen zwischen denjenigen, die diesen Angriffskrieg begonnen haben und andersdenkenden Russinnen und Russen klar differenzieren. Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass mutige Menschen mitten in Russland auf die Straße für Frieden, Freiheit und Demokratie gehen. Diese Menschen wollen wir weiterhin unterstützen und den Austausch mit der russischen Zivilgesellschaft deswegen forcieren. Russischen Studierenden, die wegen ihrer demokratischen Bekundungen exmatrikuliert werden, wollen wir in Nordrhein-Westfalen durch ein Vollstipendium Zugang an unseren Universitäten gewähren. Vor diesem

Hintergrund unterstützen wir auch Überlegungen, desertierten russischen Soldatinnen und Soldaten in Deutschland Asyl zu gewähren.

Russische Destabilisierungsoperationen bekämpfen

Die russische Aggression gegen seine Nachbarn wird seit Jahren durch gezielte Operationen im Westen flankiert, die demokratische Regierungen untergraben, den Zusammenhalt von EU und NATO beschädigen und ein geschlossenes Vorgehen des Westens verhindern sollen. Hierzu zählen insbesondere die Finanzierung Finanzierung und Unterstützung rechtsextremer und linkspopulistischer politischer Parteien, die Manipulation von Wahlen und der Aufbau eines Netzwerks aus Personen und Institutionen, die als russische Interessenvertreter fungieren, bis hin zu einer „Nebenaußenpolitik“ im Dienste Moskaus auf lokaler oder regionaler Ebene. Die personenbezogenen Sanktionen gegen das russische Regime müssen ohne Ansehung der Staatsangehörigkeit auf hochrangige Personen im Sold des Regimes oder mit ihm verbundenen Unternehmen erstreckt werden. Russische Einflussoperationen in Europa müssen künftig durch ein koordiniertes Vorgehen mit den Mitteln des Steuer-, Geldwäsche-, Vergabe-, Handels-, Beamten- und Parteienfinanzierungsrechts und auch unter Beteiligung der in Fragen der Spionageabwehr ressourcenmäßig angemessen auszustattenden Nachrichtendienste aufgedeckt und unterbunden werden. In Zuge dessen wollen wir die Koordinierungsstelle für Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen zu einem Cyberabwehrzentrum ausbauen.